

Das Parteiensystem in Deutschland ein Jahr nach der Bundestagswahl

Karsten Grabow und Sabine Pokorny

Das Parteiensystem in Deutschland ein Jahr nach der Bundestagswahl

Karsten Grabow und Sabine Pokorny

Vorwort

Trotz einiger und nachhaltiger Veränderungen in den zurückliegenden dreieinhalb Jahrzehnten galt das Parteiensystem der Bundesrepublik als sehr stabil. Während sich die Parteiensysteme in Nachbarländern Deutschlands stets durch eine höhere Fragmentierung und den Hang zur Kurzlebigkeit der Parteien und Wahlbündnisse auszeichneten, allen voran in Frankreich und in Italien, oder sich die Systeme schon frühzeitig auffächerten, neue Parteien hinzukamen und Traditionsparteien stark dezimiert wurden, wie zuletzt in den Niederlanden, legten die deutschen Parteien ein bemerkenswert hohes Integrations- und Beharrungsvermögen an den Tag. Bis zur Bundestagswahl 2017 war die jüngste Partei im Deutschen Bundestag, die Linke bzw. deren Vorgängerorganisationen, dort schon 27 Jahre ununterbrochen vertreten, die zweitjüngste, Bündnis 90/Die Grünen, dank einer vereinigungsbedingten Sonderregelung im Jahr 1990 bereits 34 Jahre. Alle anderen kamen bei der Wahl von 2017 auf durchgehende Dienstzeiten von 64 bzw. 68 Jahren. Das sind unter Konkurrenzbedingungen beachtliche Lebensalter, vor allem aber auch beachtliche Repräsentations- und Gestaltungszeiten. Die „etablierten“ deutschen Parteien zeichnen sich aber nicht nur durch ihr Alter und ihre langjährige Präsenz aus, auch die Kräfteverhältnisse der Parteien zueinander waren sehr stabil. Trotz nachlassender Mobilisierungskraft und zuletzt deutlicher Verluste gingen die Unionsparteien nicht nur aus der letzten Bundestagswahl, sondern aus insgesamt 16 der 19 Wahlen seit Gründung der Bundesrepublik als stärkste politische Kraft in Deutschland hervor. Die SPD belegte 2017 wie 15 Male zuvor den zweiten Platz, während sich die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke nach der Wahl von 2017 nah an ihrem langfristigen Durchschnitt bewegen.

Neu im Bundestag ist hingegen die AfD. Bei der Wahl von 2013 noch knapp gescheitert, hat sie 2017 die Fünf-Prozent-Hürde ohne Probleme übersprungen. Die Partei hat wachsende Verunsicherung, Sorgen, aber auch Unzufriedenheit mit politischen Entwicklungen und Entscheidungen gebündelt und eine Stimme gegeben, die sie nun im Bundestag und außerhalb deutlich hörbar vernehmen lässt. Mit der AfD hat die Fragmentierung in Parteiensystem und Parlament zugenommen. Sie beein-

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-445-4

flusst Mehrheitsbildungen, aber auch Sprache und Politikstil in Deutschland und damit nicht zuletzt auch den Kurs der einen oder anderen Partei. Der Blick ins benachbarte Ausland zeigt uns jedoch, dass mit dem Einzug einer national- und rechtspopulistischen Partei zu rechnen war. Deutschland ist schließlich umgeben von Ländern, in denen mit der AfD vergleichbare Parteien seit Jahren auf dem Vormarsch sind.

Neu war nach den Wahlen von 2017 auch, dass erstaunlich viel Zeit vergangen ist, bis sich alle Parteien, die in den neugewählten Bundestag eingezogen sind, sortiert und ihre Rollen in dem uns vertrauten Vokabular – Regierungspartei, Koalitionspartner, Opposition – an- und eingenommen haben. Und neu war schließlich auch, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf die Koalitionspartner nicht befriedend und anspornend wirkte, sondern gerade zwischen den Unionsschwesterparteien ein nachträglicher Konflikt aufflammte, der angesichts seiner Ursachen und der Heftigkeit der Austragung Zweifel am Überleben der Wiederauflage der Großen Koalition, aber auch an der Handlungs- und Führungsfähigkeit der Bundesregierung aufkommen ließ. Es kann heute nicht ausgeschlossen werden, dass mit der Bundestagswahl 2017 nicht nur vertraute Strukturmerkmale des deutschen Parteiensystems wie der nur „moderate Pluralismus“ oder die einstige Volksparteiendominanz verschwunden sind, sondern dass auch die beinahe sprichwörtliche Stabilität des Parteiensystems ins Wanken gerät.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt in dieser Publikation die in den 19. Deutschen Bundestag gewählten Parteien vor. Die Porträts entstanden zwischen Oktober 2017 und Juni 2018. Sie enthalten neben einer Rückschau auf die Inhalte, Kandidaten und Strategien im zurückliegenden Wahlkampf einen Blick auf das Abschneiden der betreffenden Partei bei der Wahl und ihre gegenwärtige Position im deutschen Parteien- und Regierungssystem. Vor allem aber enthalten sie auch einen Ausblick darauf, was im Laufe der kommenden Jahre von der jeweiligen Partei zu erwarten ist, welche Herausforderungen sich für die betreffende Partei stellen, oder welche sich durch sie für die anderen ergeben.

Wir bieten die Porträts als Textsammlung in einem Schuber an, Leserinnen und Leser, die nur an einer Partei interessiert sind, können auch einzelne Hefte beziehen oder das Online-Publikationsangebot der KAS nutzen. Wir danken an dieser Stelle den Autorinnen und Autoren und allen anderen, die zur Herstellung dieser Publikation beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt Uwe Jun, der sehr kurzfristig für einen Kollegen eingesprungen ist, der während der Arbeit an seinem Beitrag viel zu früh verstarb. Wir drücken den Angehörigen von Tim Spier auf diesem Wege unser Mitgefühl aus.

Berlin, im Juli 2018
 Karsten Grabow
 Viola Neu

Inhalt

Vorwort	3
1. Einleitung: Woher kommt, wohin entwickelt sich das deutsche Parteiensystem?	9
2. Rückschau: Wahlergebnis und Wahlverhalten	16
3. Das neue deutsche Sechsparteiensystem: Struktur, Wandel und inhaltliche Dimensionen	27
4. Ausblick	33
5. Literaturverzeichnis	34
Die Autoren	41
Reihenübersicht	42
Autorenverzeichnis	43

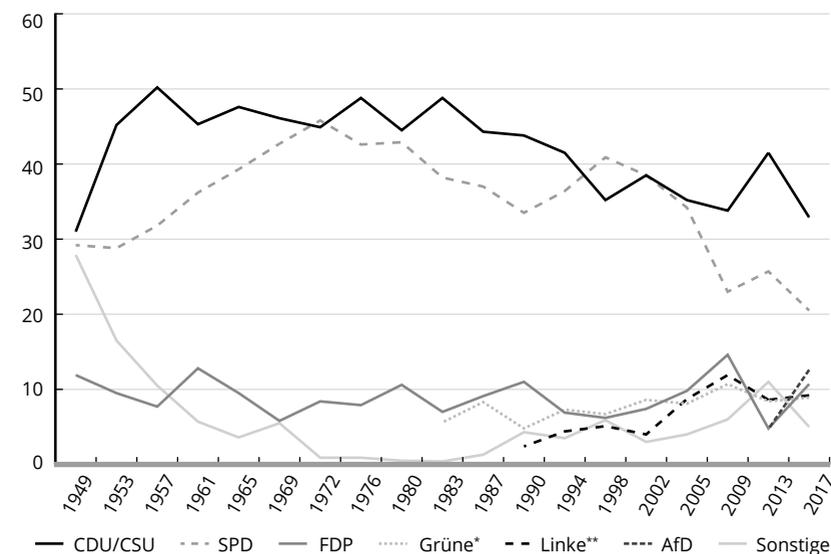
1. Einleitung: Woher kommt, wohin entwickelt sich das deutsche Parteiensystem?

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland galt seit der sogenannten „Konzentrations“- oder „Konsolidierungsphase“ (von Alemann 2003: 57 ff., Niedermayer 2013: 745 ff.), die mit der dritten Bundestagswahl 1957 abgeschlossen war, für lange Zeit als sehr stabil (Wiesendahl 2011: 218, Niedermayer 2018: 288). Mehr als 60 Jahre beherrschten die Unionsparteien und die SPD das Parteiensystem, während die deutlich kleinere FDP bis 1998 als sogenannte „Scharnierpartei“ (von Lucke 2011) meist mit CDU/CSU, von 1969 bis 1982 aber auch mit der SPD regierte und nur zwischen 1966 und 1969 in der Opposition war. Das „Zweieinhalb“-Parteiensystem¹ der Bundesrepublik wurde zwar mit dem Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag im Jahr 1983 numerisch zu einem Vierparteiensystem erweitert, aber an der Grundstruktur des Parteiensystems hat auch diese „moderate Pluralisierung“ (Niedermayer 2013: 748) kaum etwas verändert. Die Unionsparteien und die SPD offenbarten zwar erste Mobilisierungsschwächen, blieben aber die klar dominierenden Parteien. Durch die Grünen bekam jedoch die SPD eine Koalitionsoption hinzu, die sie nach Jahren einer innerparteilich alles andere als unumstrittenen Annäherung ab 1998 in zwei Legislaturperioden auch nutzte. Als 1990 die PDS Teil des gesamtdeutschen Parteiensystems wurde, war von einer weiteren Pluralisierung der Parteienlandschaft und auch einer Segmentierung im linken Lager die Rede (ebd. 749). Für die Stabilität des deutschen Parteiensystems aber spricht, dass die „Traditionsparteien“ CDU/CSU, SPD und FDP sechs Jahrzehnte lang nicht nur ununterbrochen und im Prinzip immer unter demselben Namen² im Deutschen Bundestag vertreten waren und ihre Vertreter die Politik der Bundesrepublik maßgeblich gestaltet haben. Auch den später hinzugekommenen Parteien schenken die Wählerinnen und Wähler immer wieder ihr Vertrauen und bescherten den Grünen – dank ihres 1990 noch separat angetretenen Ost-Flügels – und der Linken sowie ihren Vorgängerorganisationen seit nunmehr fast 35 bzw. 28 Jahren eine durchgehende parlamentarische Präsenz. Anders als in vergleichbaren Nachbarländern³, in denen sich die Parteiensysteme viel früher und deutlicher auffächerten und es teilweise zu kompletten Umbrüchen der Parteienlandschaft kam,

leg(t)en die „etablierten“ deutschen Parteien ein bemerkenswert hohes Beharrungs-, Repräsentations- und Integrationsvermögen an den Tag. Allen seit Beginn der 1980er Jahre sichtbar gewordenen Mobilisierungsschwächen von CDU/CSU und SPD zum Trotz galt das deutsche Parteiensystem bis zum Jahr 2009 als „fluides“, aber auch stabiles Fünf-Parteiensystem, das nach der Bundestagswahl von 2009 den Zusatz erhielt, sich durch eine „strukturelle Asymmetrie zugunsten der Unionsparteien“ auszuzeichnen (ebd.: 754 ff., Wiesendahl 2011: 218f.).

Wider Erwarten und gegen den internationalen Trend wurde die Pluralisierung des Parteiensystems mit der Bundestagswahl 2013 sogar umgekehrt. Da die FDP erstmals nicht in den Bundestag gewählt wurde und keine andere kleine Partei in den Bundestag einzog, kam es zu einer vorübergehenden (Re)Konzentration auf vier Parteien mit noch mehr struktureller Asymmetrie zugunsten der Unionsparteien, die mit einem Wahlergebnis von 41,5 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate verfehlten (vgl. Abbildung 1). Die Stärke der Union, das leichte Plus der SPD, die ihre seit 1998 anhaltende Talfahrt in den Griff zu bekommen schien, die Schwäche der kleinen Parteien, von denen man ab 2005 glaubte, sie seien im Aufwind (z. B. Dietsche 2006) und das Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde hat nach der Wahl von 2013 auch die zuvor in Wissenschaft und Publizistik geführte Debatte um das angeblich unaufhaltsame Ende von Volksparteien (exemplarisch Lösche 2009, Korte 2009, differenzierter Wiesendahl 2011: 222) für etwa vier Jahre verstummen lassen.

Abbildung 1: Bundestagswahlergebnisse seit 1949



* Von 1983 bis 1987 Die Grünen. Bei der Wahl 1990 bildeten die alten und die neuen Länder getrennte Wahlgebiete. Die Grünen und das Bündnis '90 aus der ehemaligen DDR traten getrennt an. Die Grünen scheiterten mit 4,8 Prozent im Wahlgebiet West an der Fünf-Prozent-Hürde, das Bündnis '90 erreichte im Wahlgebiet Ost 6,2 Prozent, womit auch 1990 grüne Abgeordnete in den Bundestag einziehen konnten. Aus demselben Grund zog auch die PDS 1990 in den Bundestag ein.

** Von 1990 bis 2002: PDS, 2005: Linksbündnis Die Linke/WASG, seit 2009: Die Linke. 1994 und 2002 verhalfen Direktmandate der PDS zu Sitzen im Bundestag. Quelle: Deutscher Bundestag (o. J.).

Die Bundestagswahl vom 24. September 2017 hat die vorangegangene Wahl dann jedoch vermutlich zur Ausnahme werden lassen (Niedermayer 2018: 288), längerfristige Trends bestätigt und das deutsche Parteiensystem mehrfach verändert, in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht

ebenso wie in unmittelbarer und mittelbarer Perspektive. Unmittelbar und quantitativ sofort ersichtlich waren Gewinne und Verluste (vgl. Abbildung 2) sowie die neue Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien und Abgeordneten. Der neugewählte Bundestag hat sechs Fraktionen, so viele, wie seit 1953 nicht mehr. Noch nie war der Bundestag derartig groß. Die Anzahl der Sitze ist von 631 in der 18. Legislaturperiode auf 709 im neu gewählten Bundestag gestiegen. Nie zuvor hatten die Unionsparteien so viele Stimmenanteile verloren wie bei der Wahl 2017. Noch nie stand die SPD so schlecht da. Die sich bis 2013 kontinuierlich abzeichnende Erosion der beiden einstmals das Parteiensystem dominierenden Kräfte setzte sich fort, während kleinere Parteien zulegten. Niemals zuvor hat sich die in den Bundestag zurückgekehrte FDP derartig steigern können. Mit der AfD ist erstmals eine rechts-konservativ-national-populistische Partei⁴ in den deutschen Bundestag eingezogen, wo sie nach dem Partei- und Fraktionsaustritt zweier Abgeordneter kurz nach der Wahl über 92 Sitze verfügt und damit drittgrößte Fraktion wurde. Die AfD hat das deutsche Parteiensystem aber nicht nur um eine Partei erweitert. Auch in qualitativer Hinsicht und in mittelbarer Perspektive ist sie mehr als nur ein zusätzlicher Mitspieler. Eine Partei, deren Abgeordnete politische Gegner auf das Übelste beleidigen⁵ oder sie „entsorgen“ wollen, hat den Umgangston in Parlament und der darüber hinausgehenden Öffentlichkeit deutlich verändert. Sie übt aber auch Einfluss auf das Verhalten der anderen Parteien aus, die zum Teil kräftig an die AfD verloren haben und bis heute nach einer „richtigen Antwort“ (Goodwin 2011) auf die neue Konkurrenz suchen.

Qualitativ und quantitativ einzigartig war auch, dass noch niemals zuvor so viel Zeit ins Land ging, bis eine Koalition gebildet werden konnte, die im Deutschen Bundestag über eine Mehrheit verfügt (vgl. Siefken 2018). Die noch am Wahlabend vom unterlegenden SPD-Spitzenkandidaten abgegebene Erklärung, mit dem Ergebnis von 20,5 Prozent in die Opposition zu gehen und für die Fortsetzung einer Großen Koalition auf keinen Fall zur Verfügung zu stehen, hat – nachdem der FDP-Vorsitzende die zwischenzeitlich aufgenommenen Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und

Bündnis 90/Die Grünen nach fünf Wochen hat platzen lassen – einen Sondierungs- und Verhandlungsmarathon in Gang gesetzt, den Deutschland noch nicht erlebt hat. Als Beobachter musste man den Eindruck gewinnen, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung für zwei der in Frage kommenden Parteien der Einnahme eines letalen Gifts gleichkäme. Dass Parteien Organisationen sein sollen, in der Personen versuchen, Kontrolle über den Regierungsapparat infolge einer ordnungsgemäß abgehaltenen Wahl zu erlangen, wie Anthony Downs einst definierte (Downs 1968: 25), schien nicht mehr zu gelten. Die SPD, die nach der Wahl eigentümlich befreit wirkte und auf eine Gesundung in der Opposition hoffte, hat nach dem Rückzieher der FDP eine regelrechte Achterbahnfahrt vorgeführt und dabei erneut einen Parteivorsitzenden verbraucht, bis sich am Ende eines mehrstufigen innerparteilichen Entscheidungsverfahrens die Befürworter einer Koalition mit der Union durchsetzten (vgl. auch Jun in dieser Reihe). Auf diese Weise vergingen knapp sechs Monate, bis schließlich im März 2018 die neue und alte Bundeskanzlerin vereidigt wurde und die nächste Große Koalition ihre Arbeit aufnahm.

Wer glaubte, der Anstieg der Bundestagsfraktionen von vier auf sechs, die Stimmenverluste von Union und SPD, der Einzug der AfD in den Bundestag oder die Dauer der Regierungsbildung wären die Besonderheiten der 19. Bundestagswahl und der Monate danach, irrte. Die unter großen Mühen gebildete neue Große Koalition war gerade einmal 100 Tage im Amt, als Bundesinnenminister Horst Seehofer Vorschläge zur Reform der Asyl- und Grenzkontrollpolitik in den Umlauf brachte, die einen harten Konflikt zwischen den Unionsparteien, namentlich zwischen ihren Vorsitzenden, auslöste. Seehofer forderte die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen, die bereits in einem anderen Mitgliedsland der EU einen Asylantrag gestellt hatten (Schuler 2018). Die Bundeskanzlerin hingegen lehnte nationale Alleingänge ab. Sie bestand auf Einhaltung von internationalen Vereinbarungen und war zusätzlich bestrebt, zu bestehenden Rücknahmeabkommen mit anderen EU-Staaten neue abzuschließen bzw. alte zu konkretisieren. Dieser Konflikt brachte nicht nur die Unionsparteien an den Rand des Bruchs, sondern überschattete auch für mehrere Wochen die Arbeit der Bundesregierung.

Bemerkenswert an diesem Konflikt waren nicht nur die Härte der Auseinandersetzung oder die im Raum stehende Gefahr einer Spaltung der Union. Bemerkenswert war auch, dass Seehofer aus dem Bundesinnenministerium heraus den Versuch unternahm, eigenmächtig und mit keinem der relevanten Partner im In- und Ausland abgestimmte Korrekturen am Koalitionsvertrag in einer Frage mit hohem gesellschaftspolitischen Konfliktpotential vorzunehmen. Es schien, als wolle Seehofer im Alleingang und mit den Ressourcen des Bundesinnenministeriums ausgestattet, eine von ihm als falsch empfundene Asyl- und Flüchtlingspolitik mit der Brechstange korrigieren. Das Vorgehen verstärkte den Eindruck, als seien Union und die Koalitionspartner insgesamt auf dem Politikfeld, das die Deutschen seit Jahren bewegt wie kaum ein anderes, immer noch so uneins wie seit dem Herbst 2015 und bis weit in den Wahlkampf hinein.

Obwohl eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Deutschland eine Verschärfung der Einreisebestimmungen für Asylsuchende begrüßte (Infratest dimap 2018a,b), stießen die Art und Weise von Seehofers Vorgehen und die Dauerbefassung mit dem Politikfeld Flucht und Asyl auf breite Ablehnung. In Meinungsumfragen rutschte er innerhalb kurzer Zeit ab (Forschungsgruppe Wahlen 2018). Die Union büßte im Vergleich zum Bundestagswahlergebnis drei Prozentpunkte ein (Infratest dimap 2018b).

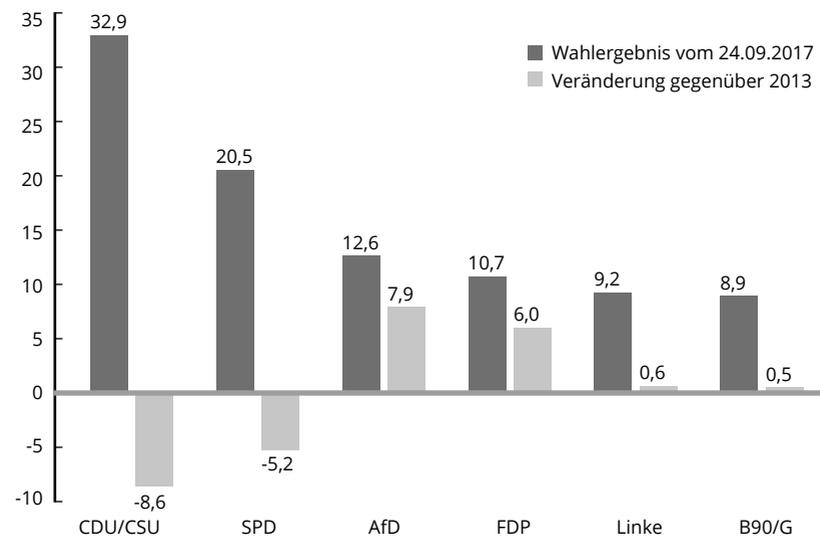
Knapp 80 Prozent der Deutschen waren zu Beginn der Sommerferien im Juli 2018 mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden (ebd.). Damit hatte sich trotz nach wie vor wirtschaftlich allgemein guter Lage und nachweislich sinkenden Flüchtlingszahlen die politische Stimmung innerhalb eines Jahres im Land gedreht (vgl. Abschnitt 2). Dem deutschen Parteien- und Regierungssystem scheinen so charakteristische Struktur- und Verfahrensmerkmale wie Stabilität, Berechenbarkeit und Kompromissbereitschaft abhandengekommen zu sein. Die Frage ist, ob es sich dabei um eine Momentaufnahme handelt und alte, prägende Eigenschaften zurückgewonnen werden können oder ob sich das Parteiensystem der Bundesrepublik auf Dauer in Richtung einer stärkeren Fragmentierung und Polarisierung verändert.

- 1 Diese Zählweise betrachtet, wie die meisten anderen auch, die beiden Unionsparteien als eine Einheit. Auch wenn es sich de facto um zwei separate Parteien handelt, liegt der Grund in der zusammengefassten Zählweise als „Union“ darin, dass CDU und CSU bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. Das Wettbewerbskriterium gilt in der komparativen Parteiensystemanalyse als entscheidend (Lijphart 1999: 69 ff., Niedermayer 2018: 286).
- 2 Namensänderungen sind bei deutschen Parteien die Ausnahme. Die FDP nannte sich aus Marketinggründen zwischen 1968 und 2001 F.D.P., die Grünen erweiterten bei ihrem Zusammenschluss mit den Grünen aus den neuen Bundesländern 1993 als Reminiszenz an die aus der DDR-Demokratiebewegung stammenden Wurzeln der Ostgrünen ihren Namen auf „Bündnis 90/Die Grünen“. Lediglich die heutige Die Linke hat mehrere Namenswechsel vollzogen, die sich zum Teil aus innerparteilichen Konflikten, zum Teil auch aus der Vereinigung mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) ergaben (siehe dazu auch Lang in dieser Reihe).
- 3 „Vergleichbare“ Nachbarländer sind solche mit ähnlichen strukturellen Gegebenheiten, also westeuropäische Länder mit parlamentarischen Regierungssystemen und Verhältniswahlssystem. Hier zeigten sich z. B. in den Niederlanden, Schweden oder Norwegen schon früher und deutlicher als in Deutschland Fragmentierungserscheinungen des Parteiensystems, meist verursacht vom Hinzukommen relevanter einwanderungs- und islamkritischer Parteien (vgl. Nordsieck 2018).
- 4 Versuche, Parteien wie die AfD mit Adjektiven zu charakterisieren, scheitern meist aufgrund der Vielzahl von Strömungen, die in sie einfließen und der Motive, sie zu unterstützen. Gestartet als primär gegen die europäische Gemeinschaftswährung und die Eurorettungspakete für Griechenland gerichtete Partei hat die AfD in den wenigen Jahren ihres Bestehens mehrere Führungswechsel und inhaltliche Neuausrichtungen vollzogen und sich dabei in Inhalt, Stil und Sprache Stück für Stück radikalisiert. Auch wenn das Adjektiv „rechts“ nicht für jedes Mitglied, jeden Abgeordneten und schon gar nicht für jeden Wähler der AfD geeignet ist, ist es aufgrund des Erscheinungsbildes, das die AfD spätestens seit der Entmachtung des Flügels um Parteigründer Bernd Lucke Mitte 2015 abgibt, vollkommen gerechtfertigt, die Partei als national- und rechtspopulistisch zu bezeichnen (zu den Diskussionen siehe z. B. Amann 2017, Decker 2016a,b; Grabow 2016, Lewandowsky 2016, Oppelland 2016).
- 5 So bezeichnete beispielsweise der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Peter Boehringer, die Bundeskanzlerin als „Merkelnutte“ (Amann 2018). Fraktionschef Gauland rief im August 2017 in einer Rede im Eichsfeld dazu auf, man möge die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die in Hamburg geborene SPD-Politikerin Aydan Özoğuz, „in Anatolien entsorgen“ (Der Tagesspiegel 2017).

2. Rückschau: Wahlergebnis und Wahlverhalten

An der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag beteiligten sich knapp 46,98 Millionen Wählerinnen und Wähler. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent¹. Die Wahlbeteiligung ist damit gegenüber der Vorwahl um 4,6 Prozentpunkte gestiegen. Zur Wahl standen 42 Parteien (Deutscher Bundestag 2017). Der prozentuale Anteil der Parteien, die bundesweit die Fünf-Prozent-Sperrklausel übersprungen haben, ist in Abbildung 2 dargestellt. Der CSU-Anteil am Unionsergebnis von 32,9 Prozent beträgt 6,2 Prozent. In Bayern selbst kam die CSU auf ein Ergebnis von 38,8 Prozent. Das war zwar das beste Unionsergebnis auf Landesebene, bedeutete aber gegenüber 2013 einen Rückgang um mehr als zehn Prozentpunkte. Das hat zunächst innerhalb der CSU, später innerhalb der gesamten Union, für heftige Turbulenzen gesorgt.

Abbildung 2: Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl vom 24. September 2017



Quelle: Der Bundeswahlleiter (2017a).

Tabelle 1: Zusammensetzung der Mandate

Partei	Gesamtzahl der Mandate	gegliedert nach		in den Mandaten enthalten	
		DM	LM	ÜM	AM
CDU	200	185	15	36	0
CSU	46	46	0	7	0
SPD	153	59	94	3	19
AfD	92*	2*	90*	0	11
FDP	80	0	80	0	15
Linke	69	5	64	0	10
B90/Grüne	67	1	66	0	10
fraktionslos	2	1*	1	0	0
gesamt	709 (299 + 410)	299	410 (299 + 111)	46	65

Legende: DM: Direktmandate, LM: Listenmandate; ÜM: Überhangmandate; AM: Ausgleichsmandate.

* Zwei Abgeordnete haben nach der Bundestagswahl die AfD und damit auch die AfD-Bundestagsfraktion verlassen und sitzen seitdem als fraktionslose Abgeordnete im Bundestag. Eine davon, Frauke Petry, hat ihren Wahlkreis (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) direkt gewonnen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Der Bundeswahlleiter (2017b: 332; 335), Funk (2017).

Ungeachtet der Einbußen stellen CDU und CSU mit 246 Sitzen (minus 65) die größte Fraktion im 19. Deutschen Bundestag. Es folgt die SPD, die auf 153 Sitze (minus 40) kommt. Drittstärkste Fraktion ist die AfD, die

ursprünglich 94 Sitze erreichte. Nachdem ihre einstige Vorsitzende und ein weiterer Abgeordneter Partei und Fraktion verlassen haben, ist die AfD mit nunmehr 92 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Der vierte Platz ging an die FDP, die nach ihrem Wiedereinzug 80 Mandate erzielte, danach folgen die Linke mit 69 Sitzen (plus 5) und Bündnis 90/Die Grünen mit 67 (plus 4). Tabelle 1 zeigt, wie sich die Mandate für die Parteien zusammensetzen.

Da die Unionsparteien mehr Direktmandate erzielten, als ihnen nach dem Zweitstimmenergebnis zugestanden hätten, kamen nach dieser Wahl die 2013 vorgenommenen Änderungen am Bundeswahlgesetz voll zum Tragen. Wie nach der Wahl zum 18. Bundestag wurde es auch 2017 notwendig, Überhangmandate auszugleichen, aufgrund der Diskrepanzen zwischen Erst- und Zweitstimmen bei den Unionsparteien jedoch in einem bis dahin nicht bekannten Ausmaß. Überhangmandate werden nach der Reform des Bundeswahlgesetzes von 2013 bekanntlich so lange ausgeglichen, bis bundesweit die proportionale Verteilung der Stimmen, wie sie sich im Zweitstimmenergebnis darstellt, wiederhergestellt ist (vgl. z. B. Seils 2013). Das erforderte 2017 65 Ausgleichsmandate, die – mit Ausnahme der beiden Unionsschwestern – auf alle Parteien verteilt wurden, wie in Tabelle 1 dargestellt. Dieser Ausgleich hat zum Anwachsen des Bundestags auf 709 Sitze beigetragen.

Das Wahlergebnis von 2017 weist einige Parallelen zu dem von 2009 auf. Auch damals war der Wahl eine Große Koalition vorausgegangen, 2009 wie 2017 haben Union und SPD Stimmen verloren. Das ist insofern bemerkenswert, als dass eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler selbst wenige Tage vor der Wahl die eigene und die wirtschaftliche Lage des Landes positiv bewertete². Auch die Arbeit der Großen Koalition wurde von einer – wenngleich knappen – Mehrheit ebenso beurteilt (Infratest dimap 2017a, Rose 2017). Die allgemein gute wirtschaftliche Lage und die Tatsache, dass der Ausgang der Bundestagswahl schon Wochen vorher klar zu sein schien, zumindest was die beiden vorderen Plätze anging, hat einen Teil der Wähler dann möglicherweise animiert, eine Protestpartei zu wählen, ohne für einen grundsätzlichen Wandel stimmen zu wollen.

Insgesamt wurde die Union in den meisten Bereichen ausgesprochen positiv bewertet, weshalb sie erneut stärkste Kraft wurde. Von der Bundeskanzlerin bis hin zu den politischen Kompetenzen und der Zufriedenheit mit der Regierung und den Koalitionspräferenzen schnitt die Union gut ab. Die Stimmenverluste rührten vor allem aus der festen Überzeugung der Wähler, dass der Wahlsieger bereits feststehe. Seit 1994 gab es noch nie ein vergleichbar hohes Niveau der Sicherheit. 84 Prozent waren unmittelbar vor der Wahl sicher, die Union und Angela Merkel würden gewinnen. Gerade einmal vier Prozent erwarteten, dass die SPD und Martin Schulz gewinnen würden (Forschungsgruppe Wahlen: 2017a: 19). Die Siegeserwartungen hatten somit große Auswirkungen auf das Endergebnis. Mit dem Gefühl ausgestattet, das Rennen sei gelaufen und es ginge um nichts mehr, haben sich Wähler der Union (und auch der SPD) anders entschieden.

Dennoch profitierte die Union von den guten Werten der Kanzlerin: Ihr wurde mit großer Mehrheit zugetraut, Deutschland in weltweit unsicheren Zeiten führen zu können, ihr wurde deutlich mehr Sachverstand zugesprochen und sie galt als sympathisch und glaubwürdig (Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 33f.). Die Mehrheit der Wahlberechtigten war der Ansicht, Angela Merkel mache ihre Sache als Bundeskanzlerin gut. Außer der Anhängerschaft der AfD bewerteten alle anderen Anhängerschaften ihre Arbeit positiv (Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 29). Die Union hatte zudem eine klare Kompetenzführerschaft in der Lösung politischer Probleme. Je nach Fragestellung der Institute weichen die Ergebnisse im Detail voneinander ab, doch deuten sie in die gleiche Richtung: Wirtschaft, Terrorismus, Innere Sicherheit, Flüchtlinge/Einwanderung, Außenpolitik, Arbeitsplätze, Steuern oder Bildung waren Themen, bei denen der Union die Lösung der Probleme zugetraut wurde.

Bei der Flüchtlingspolitik zeigten sich am Ende des Wahlkampfes Ambivalenzen. Zum einen ist die Bedeutung dieses Themas am Ende des Wahlkampfes gestiegen. Zum anderen polarisierte das Thema innerhalb der Anhängerschaften der Parteien deutlich. Eine eher gute Bewertung

der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel zeigte sich in den Daten der Forschungsgruppe Wahlen (2017a: 30). Außerdem sagte auch mehr als die Hälfte, dass Deutschland die Flüchtlinge verkraften könne (Forschungsgruppe Wahlen 2017b: 12). Mit einer anderen Fragestellung änderte sich hingegen die Bewertung. Bei Infratest dimap (2017b: 38) waren nur noch 45 Prozent mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik zufrieden.

Die Union konnte nur geringfügig von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Zwar haben einige ehemalige Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 ihr Kreuz bei CDU und CSU gemacht, an alle Parteien außer der SPD gab die Union jedoch Wählerstimmen ab, so dass ihre Gesamt-Bilanz negativ ausfiel. Der größte Wählerstrom fand in Richtung FDP statt, zu der knapp 1,4 Millionen Wähler wanderten. Das ist insofern nicht erstaunlich, als dass die Union bei der Bundestagswahl 2013 über zwei Millionen Wähler von den Liberalen gewinnen konnte, von denen nun offenbar ein Teil zurückkehrte. Diese Stimmen waren bei der Union quasi zwischengelagert. Vier Jahre und eine Große Koalition später konnte die von Christian Lindner und seinen Mitstreitern neu profilierte FDP als wirtschaftsliberaler Hoffnungsträger der Union einen Großteil dieser Stimmen wieder abnehmen und sich auf 10,7 Prozent steigern. Der gemeinsame Anteil von „Schwarz-Gelb“ blieb zwar gegenüber 2013 nicht konstant, fiel aber aufgrund der Verluste der Unionsparteien, die es 2017 auch mit einer anderen AfD zu tun hatten als 2013, lediglich um 2,7 Prozentpunkte. Diese geringe sogenannte „Intrablock-Volatilität“ (Bartolini und Mair 1990: 36 ff.) relativiert beides, das außerordentlich gute Abschneiden der Union 2013 und ihre Verluste von 2017.

An die AfD verloren CDU und CSU fast eine Million Wähler (Infratest dimap 2017b: 86). Damit hat die Union absolut die meisten Wählerstimmen an die AfD abgegeben, was jedoch auch daran liegt, dass sie absolut die meisten Wähler hat. Proportional gemessen an ihrem Gesamtstimmenanteil dagegen hat nicht die Union am meisten Wähler an die AfD abgegeben, sondern die Linke.

Die SPD hat ihr historisch schlechtestes Ergebnis eingefahren, nachdem es in Folge des Wechsels an der Parteispitze im März 2017 zuerst sehr gut für sie aussah. Dieser Wechsel zog bemerkenswerte Veränderungen in der politischen Stimmung nach sich, welche in diesem Umfang bis dahin noch nicht gemessen worden waren. Nach der Nominierung von Martin Schulz im Januar 2017 und der Wahl zum Parteivorsitzenden zwei Monate darauf kam es zu einer außergewöhnlich großen Aufschwung der SPD und ihres Spitzenkandidaten. Partei und Kandidat konnten sowohl in der Sonntagsfrage als auch in der Frage nach der Direktwahl des Bundeskanzlers die CDU/CSU und Angela Merkel überflügeln. So kam Schulz von einer Ausgangslage von 36 Prozent in der Frage nach der Direktwahl des Bundeskanzlers im Frühjahr 2017 auf 50 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Unterstützung für Angela Merkel auf 34 Prozent. Doch büßte der Spitzenkandidat der SPD von Monat zu Monat an Unterstützung ein, während die Bundeskanzlerin stetig an Zustimmung gewann. Am Ende des Wahlkampfes lag die Amtsinhaberin mit ca. 20 Punkten vor dem Herausforderer, so dass die SPD nicht mehr von ihrem Spitzenkandidaten profitieren konnte (Infratest dimap 2017b: 46; Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 28). Zudem lag Schulz in fast allen Kompetenzfeldern hinter der Kanzlerin. Die SPD übertraf die Union lediglich bei der sozialen Gerechtigkeit und den Feldern Familienpolitik, Lohnpolitik sowie Pflegequalität (Infratest dimap 2017b: 40). Doch durch die gute wirtschaftliche Ausgangslage (84 Prozent beurteilten die wirtschaftliche Lage positiv; Infratest dimap 2017b: 30) konnten die Sozialdemokraten mit dem Thema soziale Gerechtigkeit nicht wirklich punkten. Selbst in der eigenen Anhängerschaft sagten 56 Prozent, es gehe in Deutschland eher gerecht zu. Nur eine Minderheit von 16 Prozent (18 Prozent der SPD-Anhänger) fühlte sich eher benachteiligt. Lediglich bei der Verteilung des Wohlstandes erkannten die Befragten Defizite (Infratest dimap 2017b: 31f.). Mit dem Wahlkampfschwerpunkt soziale Gerechtigkeit traf die SPD daher weder die Einstellungen der Bürger noch ihrer eigenen Anhängerschaft.

Die SPD konnte lediglich aus dem Nichtwählerlager Stimmen hinzugewinnen, an alle anderen Parteien gab sie Wählerstimmen ab. Der Zugewinn bei ehemaligen Nichtwählern reichte jedoch bei Weitem nicht, um die Verluste an anderer Stelle auszugleichen. Die SPD verlor relativ gleichmäßig an alle Parteien, inklusive 470.000 Stimmen an die AfD (Infratest dimap 2017b: 87).

Mit der AfD hat sich im Parteiensystem eine Polarisierung innerhalb der Wählerlandschaft entwickelt, die schon 2013 begann. Die Wahl der AfD kann erneut als Protestwahl bezeichnet werden. Wie bei den vorherigen Wahlen auch, war die AfD die einzige Partei, die überwiegend von Wählern unterstützt wurde, die von einer anderen Partei enttäuscht waren. So sagten 61 Prozent, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt (Infratest dimap 2017b: 69). Alle anderen Parteien wurden hingegen von der Mehrheit ihrer Wähler aus Überzeugung gewählt. Zudem sagen gut zwei Drittel der AfD-Wähler, man könne auch mal eine Partei wählen, die man sonst nicht wählen würde, da schon klar sei, wer die Wahl gewinne (alle: 26 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 19). Doch ist die Wahlentscheidung zugunsten der AfD bei etwa der Hälfte schon länger gefallen. Die andere Hälfte hat sich kurzfristig entschieden (Infratest dimap 2017b: 69). Diese Zahlen spiegeln sich auch in der Sonntagsfrage wider. Bereits 2016 hatte die AfD die höchste Zustimmung erreicht und sank seither – parallel mit der sinkenden Bedeutung der Flüchtlingsfrage – in Umfragen immer weiter ab, bis sie im Frühjahr 2017 kurz vor der Fünf-Prozent-Hürde gelandet war. Doch durch die mediale Berichterstattung stieg zum einen das Thema Flüchtlinge in der Relevanz wieder an, zum anderen wurde der AfD eine breite mediale Aufmerksamkeit zuteil. Das Kompetenzprofil der AfD ist gemessen am Wählerpotenzial jedoch schwach ausgeprägt. In sehr geringem Umfang (unter 10 Prozent) wird ihre Kompetenz im Bereich Innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik verortet (Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 36, Infratest dimap 2017b: 40).

Die AfD-Anhänger bildeten in allen Einstellungsvariablen gegenüber den Anhängern aller anderen Parteien – und im besonderen Maße gegenüber der Anhängerschaft der Union – den Antipoden. Sie bildeten in ihrer Grundstimmung eine abgegrenzte Gruppe: Sie fühlten sich mehrheitlich von Kriminalität bedroht (71 Prozent AfD, alle: 39 Prozent) und sie sagten, sie hätten wegen der Flüchtlinge Nachteile (39 Prozent AfD, alle: 12 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen 2017b: 9,11). Mehr als zwei Drittel der AfD-Wähler waren der Ansicht, dass es in Deutschland eher ungerecht zugehe (alle: 38 Prozent) und 42 Prozent fühlten sich benachteiligt (alle: 16 Prozent) und sie plädierten besonders stark für nationale Grenzen (AfD: 85 Prozent; alle: 27 Prozent). Sie machten sich Sorgen, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderdrifte, die Kriminalität zunähme, der Einfluss des Islam zu groß würde und dass ein Verlust deutscher Kultur, der Lebensweise und der Sprache drohe. Hier stimmten jeweils mehr als 90 Prozent der AfD-Anhänger zu. Gleichmaßen waren sie wie keine andere Wählerschaft mit der Demokratie (80 Prozent AfD; alle: 30 Prozent) und mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik (100 Prozent AfD; alle: 55 Prozent) unzufrieden (Infratest dimap 2017b: 31–38).

Wie auch bei anderen Wahlen kam die Wählerschaft der AfD aus allen politischen Lagern. Zudem mobilisierte sie erneut einen großen Anteil an Nichtwählern (Infratest dimap 2017b: 89). Dass diese Wählerschaft nicht nach parteiideologischen Mustern zu verankern ist, liegt auf der Hand, wenn gleichermaßen ehemalige Wähler der Union, der SPD, der Linken oder der Piraten für die AfD votieren. So hat z. B. die Linke proportional die meisten Wähler an die AfD verloren. Auch dies ist kein neues Phänomen. Protestwähler sind in der Regel politisch heimatlos.

Die AfD schnitt unter Männern und Wählern mittleren Alters mit niedriger bis mittlerer Bildung überdurchschnittlich ab. In diesen Gruppen verzeichnet sie auch die meisten Zuwächse. Zudem kann sie bei Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich hinzugewinnen. Multivariate Analysen, die eine Vielzahl an Einflüssen berücksichtigen, deuten jedoch

darauf hin, dass vor allem die politischen Einstellungen für die Wahl der AfD relevant sind und weniger die soziodemographischen Merkmale der Wähler (Schmitt-Beck et al. 2017).

Die FDP konnte im Vergleich zu 2013 deutlich hinzugewinnen und schaffte den Wiedereinzug in den Bundestag. Ihr gelang es im Wahlkampf, ihr Image wesentlich zu verbessern. Die Einschätzung der FDP als Klientelpartei sowie als „Partei der sozialen Kälte“ ging um zwölf bzw. elf Punkte zurück. Dafür stieg der Anteil an Befürwortern einer Regierungsbeteiligung der FDP um 17 Punkte auf 45 Prozent (Infratest dimap 2017b: 43). Die Gesamtbewertung der FDP hat sich zudem von -0,9 auf einen Wert von +0,7 verbessert (Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 23). Damit steigerte sie sich von allen Parteien am meisten. Getragen wurde dies auch durch eine positive Wahrnehmung ihres Spitzenkandidaten, Christian Lindner, der insgesamt auf eine Bewertung von 1,0 und in der eigenen Anhängerschaft auf 3,3 kam (Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 32). Gleichzeitig sagten 42 Prozent der FDP-Wähler, sie hätten die Partei ohne Christian Lindner nicht gewählt (Infratest dimap 2017b:43). Damit konnte die FDP deutlich von ihrem Spitzenkandidaten profitieren. Zudem wurden den Liberalen Kompetenzen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik zugeschrieben. Neben dem Spitzenkandidaten und der Imageverbesserung spielten außerdem koalitionstaktische Motive eine wichtige Rolle für die Wahl der FDP, da ein Großteil der FDP-Anhänger der Ansicht war, mit der Wahl der Liberalen könne eine Große Koalition verhindert werden (Infratest dimap 2017b: 43, 65).

Die FDP verlor nur leicht an die AfD (minus 40.000), von allen anderen Parteien konnte sie Wähler hinzugewinnen. Am meisten Stimmen bekam sie von der Union, an die sie bei der Vorwahl auch viele Wähler abgegeben hatte. Aber auch aus dem Lager der Nichtwähler und von der SPD konnten die Liberalen reichlich Stimmen gewinnen (Infratest dimap 2017b: 88).

Die Linke verzeichnete geringe Gewinne, obwohl sie mit großen Wählerverlusten an die AfD zu kämpfen hatte. Ihr gelang es, die starken

Verluste mit Wählern auszugleichen, die von der SPD und aus dem Nichtwählerlager zur Linken wechselten. Auch von den Grünen und der Union konnte sie Wähler gewinnen, lediglich an die FDP verlor sie neben der AfD Stimmen (Infratest dimap 2017b: 87). Wie die SPD hatte auch die Linke Kompetenzen in der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Lohnpolitik (Infratest dimap 2017b: 40). Tatsächlich sagten sogar über die Hälfte der Wahlberechtigten und 92 Prozent der Linken-Anhänger, die Linke setze sich stärker als alle anderen Parteien für sozial Schwache ein. Dennoch waren über 80 Prozent der Bürger nicht von der Kompetenz der Partei überzeugt, sondern sahen ihre Stärke vielmehr darin, „die Dinge beim Namen“ zu nennen (Infratest dimap 2017b: 42). Auf der Sympathieskala der Parteien wurde Die Linke zwar noch im negativen Bereich verortet, holte aber auf. Von -1,4 verbesserte sie sich auf -0,4. Von ihrer Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht konnte sie aber außerhalb der eigenen Klientel kaum profitieren (alle: 0,2; Anhänger der Linken: 3,0; Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 23, 32).

Die Grünen haben ebenfalls ihr Ergebnis im Vergleich zu 2013 nur leicht verbessert. Sie gewannen die meisten Stimmen von der SPD, konnten aber auch ehemalige Nichtwähler von sich überzeugen. An die Linke und die FDP gab die Partei dagegen einige Wähler ab. Zusammen mit der FDP haben die Grünen die wenigsten Stimmen an die AfD verloren (Infratest dimap 2017b: 88). Thematisch konnten die Grünen lediglich in ihrem Kernthema Umweltpolitik punkten (Infratest dimap 2017b: 40). Darüber hinaus war die Mehrheit der Wahlberechtigten jedoch der Meinung, die Grünen kümmerten sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze. Dennoch hätte es jeder Zweite gut gefunden, wenn die Grünen an der Regierung beteiligt gewesen wären (Infratest dimap 2017b: 43). Auf der Sympathieskala verbesserten sie sich gegenüber 2013 nur um 0,2 Punkte auf 0,5. Cem Özdemir wurde mit einem Wert von 0,9 jedoch von allen vergleichbar gut bewertet wie Martin Schulz (1,0) und Christian Lindner. In der eigenen Anhängerschaft war sein Rückhalt hingegen etwas schwächer als bei den anderen Spitzenkandidaten (2,7; Forschungsgruppe Wahlen 2017a: 23, 32).

- 1 Für eine ausführliche Analyse der Bundestagswahl siehe auch Neu und Pokorny (2017).
- 2 Die Angaben schwankten zwar je nach Institut zwischen 60 und 80 Prozent (vgl. tageschau.de 2017, ZDF 2017), aber es bleibt eine große Mehrheit, die zufrieden war. Zur Stimmungslage im Bundestagswahljahr siehe auch Pokorny (2017).

3. Das neue deutsche Sechsparteiensystem: Struktur, Wandel und inhaltliche Dimensionen

Die Bundestagswahl 2017 hat das deutsche Parteiensystem verändert, aber zumindest die quantitativen Änderungen waren kein Erdbeben (vgl. auch Eith und Meier in dieser Reihe). Abgesehen von der neu in den Bundestag gewählten AfD und der Tatsache, dass die FDP während der 18. Legislaturperiode eine kurze parlamentarische Zwangspause einlegen musste, handelt es sich bei den Parteien des 19. Deutschen Bundestags nicht nur um die des 18. oder 17., sondern um die Parteien, denen sich die Deutschen seit langer Zeit anvertrauen: Den Unionsparteien und der SPD seit knapp 69 Jahren, den Grünen, dank ihres 1990 noch separat angetretenen Ost-Flügels, seit nunmehr fast 35 und der Linken bzw. ihren Vorgängerorganisationen seit nahezu 28 Jahren (vgl. Abbildung 1). Das ist, allen Veränderungen zum Trotz, im internationalen Vergleich beachtlich. Wie fundamentale Veränderungen von Parteiensystemen aussehen können, zeigt ein Blick auf Nachbarländer der Bundesrepublik, wie z. B. Frankreich oder die Niederlande. Während in den Niederlanden Traditionsparteien, wie die Christdemokraten, kontinuierlich auf nunmehr 12,4 Prozent geschrumpft oder, wie die Sozialdemokraten, nahezu komplett unter die Räder gekommen sind, erlebte das französische Parteiensystem 2017 eine Runderneuerung, die die Traditionsparteien, allen voran die Sozialisten, zu Statisten gemacht hat. Von derartigen Umwälzungen der politischen Landschaft ist Deutschland noch weit entfernt.

Auch die relativen Kräfteverhältnisse der Parteien zueinander, die sich in den vergangenen Jahrzehnten eingepegelt haben, wurden durch die Bundestagswahl nur partiell verändert. Die Union hat 2017 Stimmen und Marktanteile verloren, aber sie ist, so wie nach 16 von insgesamt 19 Bundestagswahlen, mit Abstand Deutschlands stärkste politische Kraft. Einmal, 2002, lagen Union und SPD gleichauf. Die SPD ist weiter abgerutscht, ist aber, genau wie die Union und – mit genannter Ausnahme – die FDP, seit 1949 im Bundestag als meist zweitstärkste Gruppierung vertreten. Die Liberalen liegen mit einem aktuellen Wahlergebnis von 10,7 Prozent nahe an ihrem durchschnittlichen Wahlergebnis seit 1949 von etwas mehr als neun Prozent. Bündnis 90/Die Grünen und

die Linke, die mit den eben genannten Dienstzeiten im Deutschen Bundestag längst zum Traditionsbestand des deutschen Parteiensystems zählen, haben fast das gleiche Ergebnis erzielt wie 2013.

Neu im Bundestag ist also nur die AfD. Ihr Einzug kann aber auch als eine Art „Normalisierung“ angesehen werden. Schließlich ist Deutschland umgeben von Ländern, in denen nationalkonservative, nationalistische, globalisierungskritische und EU-gegnerische, ausländer-, einwanderungs- und islamfeindliche, zum Teil auch rassistisch polarisierende Protest- und Antisystemparteien mit durchaus vorhandenen Verbindungen zu rechtsradikalen oder gar -extremen Netzwerken – kurz Rechts- und Nationalpopulisten – seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten fest etabliert sind. Die Überraschung ist daher nicht, dass Deutschland nun auch eine derartige Partei auf nationaler Ebene hat, sondern eher, warum es so lange gedauert hat, bis sich eine nun auch auf Bundesebene durchsetzen können (s. dazu Decker 2004: 261 f., 2016: 13 ff., Grabow und Hartleb 2013a: 35 ff.). Der Schlüssel dafür, das lässt sich mit Blick auf den Verlauf der Zustimmungsraten für die AfD sicher sagen, liegt in der gesellschaftlichen Sprengkraft der Politikbereiche Zuwanderung, Flucht und Asyl, die seit dem Herbst 2015 noch weiter an Bedeutung gewonnen haben und für die Partei, wie ihr heutiger Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland seinerzeit konstatierte, ein „Geschenk“ war (Spiegel Online 2017, siehe dazu auch Niedermayer in dieser Reihe).

Die letzte Bundestagswahl hat den Pluralisierungstrend der letzten Jahrzehnte bestätigt. Rein quantitativ hat Deutschland seit September 2017 ein Sechsparteiensystem. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Stärke ist es ein 1:1:4-System (vgl. Blondel 1968: 184 ff., Lijphart 1999: 65 ff.). Allen Verlusten zum Trotz bleiben die Unionsparteien die dominierende politische Kraft. Sie allein bewegen sich, zählt man die Wahlergebnisse von CDU und CSU zusammen, im 30-Prozent-Bereich. An der strukturellen Asymmetrie des Parteiensystems zugunsten der Union hat auch die Bundestagswahl von 2017 nichts geändert.

Zwischen den Unionsparteien und der nächststärksten Partei, der SPD, liegt ein Abstand von 12,4 Prozentpunkten. Da der SPD ein Abrutschen unter die 20-Prozent-Marke erspart blieb, gehört den Sozialdemokraten der 20-Prozent-Bereich ganz allein. Die vier anderen Parteien liegen mit einem maximalen Abstand zwischen AfD und Bündnis 90/Die Grünen von 3,7 Prozentpunkten relativ nahe beieinander, wobei zwei, die AfD und die FDP, zweistellige Ergebnisse erzielen, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen einstellige.

Die markanten Veränderungen im deutschen Parteiensystem, die unmittelbar in Zusammenhang mit der Bundestagswahl von 2017 stehen, sind zum einen die Verluste von Union und SPD, zum anderen der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Dass angesichts von rasanten und teils dramatischen wirtschaftlichen sozialen und politischen Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt zum einen, unpopulären Regierungsentscheidungen zum anderen und nicht zuletzt aufgrund von Fehlern bei der Administration dieser Entscheidungen eine neue Partei hinzukommt, die Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, Unzufriedenheit und auch politische Heimatlosigkeit zu Lasten anderer Parteien kanalisiert (Neu 2016), kann daher kaum überraschen. In den Veränderungen des deutschen Parteiensystems widerspiegeln sich Trends, die in den meisten westeuropäischen Ländern zu beobachten sind. So verspürt z. B. ein Teil der Bevölkerung – in der Regel unabhängig von der gegenwärtig eigenen wirtschaftlichen sozialen Lage – Verunsicherung oder gar Pessimismus und sieht das eigene Lebensmodell in Gefahr, sei es aufgrund von anhaltender Massenflucht aus Krisengebieten in die wohlhabenden Länder Europas, sich in diesem Zusammenhang anbahnenden oder behaupteten Verteilungskonflikten, sei es aufgrund des Gefühls vom Fremdsein im eigenen Land, gestiegener Kriminalität oder aufgrund von Kontrollverlusten oder mangelnder Durchsetzungsfähigkeit der Institutionen des Rechtsstaats (Diamond 2017: 3 f.). Die meist globalen Ursachen dieser Verunsicherungen oder latenten Bedrohungen sind in der Regel schwer zu lösen, da es sich zum einen um schwerwiegende Probleme handelt (bewaffnete Konflikte, Terror, Bürgerkriege, Vertrei-

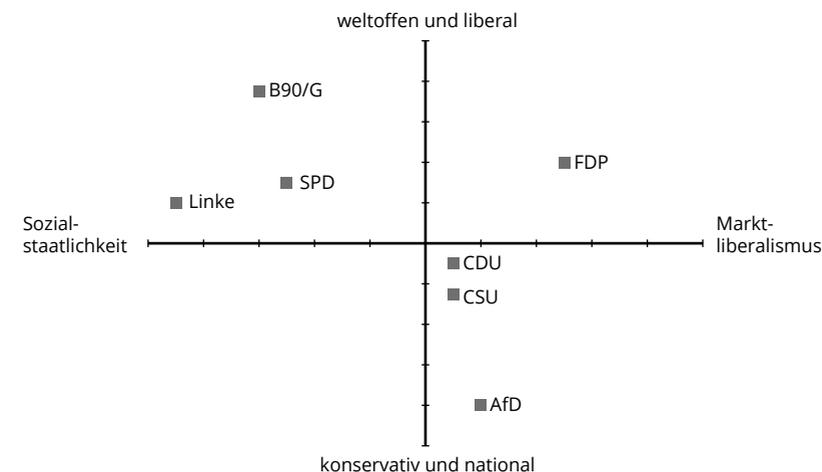
bungen, Hunger, globale Ungleichverteilung von Ressourcen usw.) und es zum anderen an internationalen Konsensstrategien zur dauerhaften Eindämmung dieser Krisen fehlt. In der Folge werden nicht nur nationale, sondern auch internationale politische Institutionen, allen voran die EU, als ineffektive Problem(mit)verursacher wahrgenommen, nicht als Teil von Lösungen. Obwohl Parteien wie die AfD oder ihre Schwesterparteien kaum eine halbwegs vernünftige Antwort darauf geben können, wie sie sich Lösungen für globale oder regionale Konflikte vorstellen, gelingt es ihnen allein durch das permanente Ansprechen von Problemen latente Bedrohungsgefühle manifest werden zu lassen. Dabei präsentieren sie mit „den Eliten“, „den Etablierten“ oder „den Altparteien“ der Öffentlichkeit gleich die Verantwortlichen für Missstände jedweder Art, was letztendlich Wähler anzieht, die „denen da oben“ dann einen „Denkzettel“ verpassen (Grabow 2018). Abgesehen von den seit Jahren ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten großer und traditionsreicher politischer Parteien, einstige Wähleranteile von bis zu 40 Prozent oder mehr konstant bei sich zu halten, trifft diese Art der Agitation Volksparteien wie die Union oder die SPD besonders, weil sie es sind, die auf allen Ebenen der Politik, international, national und regional, Verantwortung tragen und zudem Befürworter der europäischen Integration sind.

Diese Gründe spielen, wie erwähnt, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachbarländern der Bundesrepublik ineinander und erklären, warum die großen, traditionsreichen, EU-bejahenden und einstmals nahezu uneingeschränkt weltoffenen Parteien unter Druck geraten sind und nationalistische, protektionistische, EU- und einwanderungsfeindliche Parteien Oberwasser haben. Sie schüren einen sozial wie kulturell aufgeladenen „Aufstand von unten“ gegen die zunehmende Internationalisierung von Wirtschaft und Politik, wobei sich „unten“ keineswegs auf prekäre soziale Randlagen bezieht, sondern die Mobilisierung all jener meint, die sich als rechtschaffene, „kleine Leute“ verstehen, deren Art zu leben, „von außen“ angeblich bedroht ist und „von oben“ nicht mehr hinreichend geschützt wird.

Darum sind weder das Aufkommen der AfD, die seit dem ersten großen Wechsel an der Parteispitze im Sommer 2015 und dem damit verbundenen Geländegewinn der völkisch-national-konservativen und einwanderungskritischen Kräfte in ein Landesparlament nach dem anderen eingezogen ist, noch ihr Einzug in den Deutschen Bundestag in irgendeiner Weise überraschend. Dennoch ist die AfD keineswegs nur Protestpartei. Nach der Wahl gaben zwar 61 Prozent ihrer Wähler an, die Partei aus Enttäuschung und Protest gegen die Politik der anderen Parteien gewählt zu haben, aber es bleibt ein „Rest“ von 31 Prozent bzw. von mehr als 1,8 Millionen Wählerinnen und Wählern, die für die AfD aus Überzeugung stimmten (Infratest dimap 2017b: 69). Die Frage ist nun, ob und wie es den vom Erstarken der AfD betroffenen Parteien gelingen kann, Vertrauen und damit verloren gegangene Wähler zurückzuholen oder ob sich die AfD, wie so viele rechts- und nationalpopulistische Parteien in Europa, im deutschen Parteiensystem wird etablieren können.

In Anlehnung an Jakobs und Jun (2018: 279) stellt sich das deutsche Parteiensystem gegenwärtig inhaltlich folgendermaßen dar.

Abbildung 3: Inhaltliche Positionierung der deutschen Parteien



Entlang der wirtschafts- und sozialpolitischen Achse verteilen sich die Parteien von links nach rechts in einer seit Jahren bekannten Weise. Die Pole bilden hier die Linke auf der einen und die FDP auf der anderen Seite. Die Unionsparteien befinden sich dort, wo Volksparteien hingehören. Sie liegen nah am strategisch wichtigen Zentrum¹, während die SPD, zumindest programmatisch und rhetorisch, ihr Heil in einer Linksverschiebung suchte. Die Folge ist laut Elmar Wiesendahl (2017: 53), dass sich die Partei in eine „strategische Unschärferelation“ manövriert hat, die es ihren potentiellen Wählern schwer macht zu erkennen, wofür die Partei eigentlich einsteht. Im links-liberalen Bereich des deutschen Parteiensystems konkurriert sie mit den Grünen und der Linken, zwei Parteien, die zumindest in Teilen aus der Erbmasse der SPD stammen.

Entlang der sozio-kulturellen Konflikt- und Werteachse wird sichtbar, dass rechts (in dieser Darstellung unterhalb) der strategisch eigentlich günstig platzierten Union Raum bestand, in dem die AfD gedeihen konnte. Das Ein- und Vordringen der AfD in den Wählermarkt hat u. a. mit einer stärkeren Fragmentierung und Individualisierung von Wählerpräferenzen zu tun. Diese überwölben den Konkurrenzraum des deutschen Parteiensystems eben nicht mehr in vollkommen symmetrischer Glockenform. In der idealisierten Glocke haben sich Ausbeulungen aufgetan, in denen sich Wähler sammeln, die sich angesichts der oben skizzierten Umstände von der Union – und in geringerem Ausmaß anderen Parteien – nicht mehr hinreichend vertreten und verstanden fühlen. Für die Unionsparteien wird es eine große Herausforderung sein, wenigstens einen Teil dieser Wähler zurückzugewinnen, ohne dass es zwischen den Schwesterparteien zu weiteren Spannungen oder gar Zerwürfnissen kommt.

¹ Jakobs und Jun (2018: 279) verorten die Unionsparteien im Rahmen ihrer Wahlprogramm-analyse noch etwas weiter in Richtung „freier Marktwirtschaft“ als wir es hier getan haben. Für den so gemeinten Vorwurf der Merkel-Kritiker, die CDU habe unter ihrer Führung eine Linksverschiebung vorgenommen, fanden sich jedoch weder bei Jakobs und Jun noch in anderen Untersuchungen Belege (vgl. Däubler 2017: 62 ff., Hemmelmann 2017: 438 ff.).

4. Ausblick

Nach der Bundestagswahl haben viele Beobachter und Kommentatoren die AfD als die größte Herausforderung für die Qualität der Demokratie und die Stabilität des deutschen Parteiensystems gehalten. Angesichts der ruppigen, teils rassistischen und teils geschichtsvergessenen Aussagen ihrer Spitzenleute sprachen einige gar vom „Ende der Bundesrepublik“ (Erk 2017). Das ist zweifellos übertrieben. Dennoch galt – und gilt – der Umgang mit einer Partei, die im Deutschen Bundestag auf Fundamentalopposition aus ist und in der Öffentlichkeit immer wieder durch gezielte Provokationen auffällt, als eine der größten Herausforderungen für die anderen, die sogenannten „etablierten“ Parteien. Ein Blick ins benachbarte Ausland lehrt, dass die Verlockung zwar groß ist, rechtspopulistischen Parteien durch Übernahme von deren Vokabular und Inhalten abhanden gekommene Wähler wieder abzunehmen oder die neue Konkurrenz zu ignorieren, zu dämonisieren oder zu isolieren. Welcher dieser Wege von den sogenannten etablierten Parteien auch eingeschlagen wurde, kaum einer hat dazu beitragen können, populistische Parteien zu verdrängen (Grabow und Hartleb 2013b; Heinze 2017; Fislage, Grabow und Heinze 2018). Am Ende haben sich schwankende Wähler häufiger für das Original entschieden und die, die sie in Wortwahl und vermeintlicher Härte noch übertreffen wollten, schlecht aussehen lassen. Den richtigen „Umgang“ mit dieser Herausforderung müssen die „etablierten“ deutschen Parteien erst noch erlernen, ohne sich über Gebühr mit der AfD oder mit sich selbst zu beschäftigen.

Unter dem Gesichtspunkt der mobilisierenden Kritik an den „Altparteien“ mag die AfD von der aus der Not geborenen Neuaufgabe der Großen Koalition und den anhaltenden Konflikten in der Union profitieren. Die die Bundesregierung tragenden Koalitionspartner werden ihre Position nutzen müssen, um mit guten Ergebnissen in den Politikbereichen, die die Menschen am meisten bewegen – d. h. in der Flüchtlings- und Asylpolitik, in der Pflege, der Frage nach bezahlbarem Wohnraum, nicht zuletzt auch technische und soziale Zukunftsfragen – und bürgernahem Auftreten selbst zu alter Stärke zurückzufinden. Für die Große Koalition gibt es also ausreichend viele Aufgaben, sich inhaltlich, strategisch und personell zu profilieren. Wie die Bilanzen der letzten Großen Koalitionen zeigen, war diese Konstellation nicht zu Deutschlands und Europas Nachteil.

5. Literaturverzeichnis

von Alemann, Ulrich (2003). Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Amann, Melanie (2017). Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München: Droemer.

Amann, Melanie (2018). „E-Mail bringt AfD-Mann in Erklärungsnot“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/peter-boehringer-e-mail-bringt-afd-mann-in-erklaeungsnot-a-1192686.html> (letzter Aufruf am 16. Juli 2018).

Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990). Identity, Competition, and Electoral Availability. Cambridge: Cambridge University Press.

Blondel, Jean (1968). „Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies“, in: Canadian Journal of Political Science, 1. Jg., Heft 2, S. 180–203.

Däubler, Thomas (2017). „Links-rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRT-Modell“, in: Sebastian Bukow und Uwe Jun (Hrsg.): Parteien unter Wettbewerbsdruck. Wiesbaden: Springer VS, S. 57–88.

Deutscher Bundestag (o.J.). Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen. https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949/244692 (letzter Aufruf am 9. November 2017).

Deutscher Bundestag (2017). 42 Parteien nehmen an der Bundestagswahl teil. <https://www.bundestag.de/bundestagswahl2017/bundeswahlausschuss/513874> (letzter Aufruf am 2. November 2017).

Decker, Frank (2004). Der neue Rechtspopulismus. Opladen: Leske und Budrich.

Decker, Frank (2016a). „Die ‚Alternative für Deutschland‘ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung“, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–23.

Decker, Frank (2016b). „Forum: Die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD)“, in: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E & D), 28. Jahrgang. Baden-Baden: Nomos, S. 117–122.

Der Bundeswahlleiter (2017a). Bundestagswahl 2017. Endgültiges Ergebnis. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> (letzter Aufruf am 27. Oktober 2017).

Der Bundeswahlleiter (2017b). Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 3. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/3f3d42ab-faef-4553-bdf8-ac089b7de86a/btw17_heft3.pdf (letzter Aufruf am 7. November 2017).

Der Tagesspiegel (2017). „Özoguz reagiert auf Gauland-Äußerungen“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-politiker-sprach-von-entsorgen-oezoguz-reagiert-auf-gauland-aeusserungen/20295086.html> (letzter Aufruf am 16. Juli 2018).

Diamond, Larry (2017). When Does Populism Become a Threat to Democracy? Manuskript. Stanford University, November 2017.

Dietsche, Hans-Jörg (2006). „Eine ‚Renaissance‘ der kleinen Parteien? Zu den Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Parteien im deutschen Volksparteiensystem“, in: Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu (Hrsg.). Kleine Parteien im Aufwind: Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus, S. 58–74.

Erk, Daniel (2017). „Das Ende der Bundesrepublik“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/afd-bundestagswahl-alexander-gauland-aydan-oezoguz-rassismus-fluechtlinge> (letzter Aufruf am 11. Juli 2018).

Fislage, Franziska, Karsten Grabow und Anna-Sophie Heinze (2018). Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Forschungsgruppe Wahlen (2017a). Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 170, Mannheim.

Forschungsgruppe Wahlen (2017b). Bundestagswahl 24.09.2017 – Blitz.

Forschungsgruppe Wahlen (2018). Politbarometer Juli 2018. Mannheim.

Funk, Albert (2017). „Wundersame Vermehrung: Warum hat der Bundestag jetzt 709 Abgeordnete?“ <http://www.tagesspiegel.de/politik/wundersame-vermehrung-warum-hat-der-bundestag-jetzt-709-abgeordnete/20374914.html> (letzter Aufruf am 7. November 2017).

Goodwin, Matthew (2011). Right Response. Understanding and countering populist extremism in Europe. London: Chatham House.

Grabow, Karsten (2016). „PEGIDA and the Alternative für Deutschland: two sides of the same coin?“, in: *European View*, 15. Jg., Heft 2/2016, S. 173–181.

Grabow, Karsten (2018). „Right-wing and National Populism in Western Europe“, in: Claudia Crawford, Boris Makarenko und Nikolay Petrov (Hrsg.): *Populism as a Common Challenge*. Moskau: Political encyclopedia, S. 58–66.

Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013a). „Introduction: Mapping Present-day Right-wing Populists“,

Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013b). „Strategic Responses to the Populists' Advance: Options for Christian Democratic and Conservative Parties“, beide in: dies. (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 13–44; 399–409.

Heinze, Anna-Sophie (2017). „Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison“, in: *West European Politics*. Online-Publikation. <http://www.tandfonline.com/eprint/vgm3jU73BiATPxlUmXX/full> (letzter Aufruf am 25. April 2018).

Hemmelmann, Petra (2017). *Der Kompass der CDU. Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme von Adenauer bis Merkel*. Wiesbaden: Springer VS.

Infratest dimap (2017a). ARD-DeutschlandTREND August 2017.

Infratest dimap (2017b). Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017.

Infratest dimap (2018a) ARD-DeutschlandTREND, Juni 2018. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2018/juni/> (letzter Aufruf am 12. Juli 2018).

Infratest dimap (2018b). ARD-DeutschlandTREND, Juli 2018. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2018/juli/> (letzter Aufruf am 12. Juli 2018).

- Jakobs, Simon und Uwe Jun* (2018). „Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 2, S. 265–285.
- Korte, Karl-Rudolf* (2009). „Die neue Qualität des Parteienwettbewerbs in Deutschland“, in: Jürgen Rüttgers (Hrsg.): Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien. Essen: Klartext, S. 109–113.
- Lewandowsky, Marcel* (2016). „Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen im Spiegel des Rechtspopulismus“, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 39–51.
- Lijphart, Arend* (1999). Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven und London: Yale University Press.
- Lösche, Peter* (2009). „Ende der Volksparteien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51/2009, S. 6–12.
- von Lucke, Albrecht* (2011). „Gefährlich prekär: Die neue FDP“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 6, S. 5-8.
- Neu, Viola* (2016). „Die Heimatlosigkeit des Protests. Wie sich politische Empörung in der deutschen Parteienlandschaft positioniert“, in: Die Politische Meinung, 61. Jg., Nr. 539, S. 12–16.
- Neu, Viola und Sabine Pokorny* (2017). Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Niedermayer, Oskar (2013). „Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland“, in: ders. (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 739–764.

Niedermayer, Oskar (2018). „Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 2, S. 286-303.

Nordsieck, Wolfram (2018). Parties and Elections in Europe. Parliamentary Elections and Governments since 1945, European Parliament Elections, Political Orientation and History of Parties. Norderstedt: Book on Demands.

Oppelland, Torsten (2016). „Forum: Die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD)“, in: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E & D), 28. Jahrgang. Baden-Baden: Nomos, S. 122–128.

Pokorny, Sabine (2017). Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht. Politische Einstellungen in Deutschland 2017. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Analysen und Argumente, Ausgabe 267. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Rose, David (2017). „Warum die GroKo einbrach“. <http://www.tagesschau.de/inland/btw17/btw17-wer-waehlte-was-warum-101.html> (letzter Aufruf am 7. November 2017).

Schmitt-Beck, Rüdiger, Jan W. van Deth und Alexander Staudt (2017). „Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs“, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27. Jg., Heft 3, S. 273–303.

Schuler, Katharina (2018). „Was will Seehofer anders machen als Merkel?“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/asylstreit-angela-merkel-horst-seehofer-fluechtlinge-grenze-zurueckweisungen> (letzter Aufruf am 9. Juli 2018).

Seils, Christoph (2013). Das neue Wahlrecht und die Krux mit den Überhangmandaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/163311/das-neue-wahlrecht?p=all> (letzter Aufruf am 7. November 2017).

Siefken, Sven T. (2018). „Regierungsbildung ‚wider Willen‘ – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 2, S. 407–436.

Spiegel Online (2017). „AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html> (letzter Aufruf am 2. November 2017).

tagesschau.de (2017). Bundestagswahl 2017. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml> (letzter Aufruf am 6. November 2017).

Wiesendahl, Elmar (2011). Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft. Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich.

Wiesendahl, Elmar (2017). SPD 2017. Eine Partei zwischen Zuversicht und ungelöster Standortbestimmung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

ZDF (2017). Wahl 2017. Bundestagswahl. <https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2017-09-24-BT-DE.html?i=1> (letzter Aufruf am 6. November 2017).

Die Autoren

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der Arbeitsgruppe Parteienforschung in der KAS.

Dr. Sabine Pokorny ist Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich Wahlforschung.

Reihenübersicht

- › **Heft 1: Das Parteiensystem in Deutschland ein Jahr nach der Bundestagswahl**
Karsten Grabow und Sabine Pokorny
ISBN 978-3-95721-445-4

Heft 2: Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise. Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017
Torsten Oppelland
ISBN 978-3-95721-446-1

Heft 3: Die SPD nach der Bundestagswahl 2017. Raus aus der GroKo, rein in die GroKo
Uwe Jun
ISBN 978-3-95721-447-8

Heft 4: Die Aufsteiger. Die Alternative für Deutschland
Oskar Niedermayer
ISBN 978-3-95721-448-5

Heft 5: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017
Tobias Montag
ISBN 978-3-95721-449-2

Heft 6: Abschied vom Osten? Die Linke nach der Bundestagswahl 2017
Jürgen P. Lang
ISBN 978-3-95721-450-8

Heft 7: Bündnis 90/Die Grünen im Wechselbad zwischen Regierungsbeteiligung und kleinster Oppositionspartei
Ulrich Eith und Jacqueline Meier
ISBN 978-3-95721-451-5

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Ulrich Eith ist Direktor des Studienhauses Wiesneck in Buchenbach. Er forscht und lehrt zudem am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen u. a. auf den Gebieten der Wahl-, Parteien- und Einstellungsforschung, dem politischen Systemvergleich, dem Rechtsextremismus und Demokratie- und Wissenschaftstheorien. Aktuelle Veröffentlichungen sind: *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2013*, hrsg. mit Uwe Wagschal und Michael Wehner; *Rechter Terror und Rechtsextremismus. Aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze der politischen Bildungsarbeit*, Schwalbach/Ts. 2015, mit Uwe Wenzel und Beate Rosenzweig.

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der Arbeitsgruppe Parteienforschung in der KAS.

Prof. Dr. Uwe Jun lehrt und forscht seit 2005 an der Universität Trier. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Neben der Parteienforschung beschäftigt sich Jun mit Politischer Kommunikation und Parlamentarismus. Zu seinen jüngsten Publikationen zählen unter anderem: *Parteien unter Wettbewerbsdruck*, Wiesbaden 2017, mit Sebastian Bukow; *Parteien und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2016; *Parteien in Staat und Gesellschaft*, Wiesbaden 2016, mit Oskar Niedermayer und Sebastian Bukow; *Wandel und Kontinuität der Politischen Kommunikation*, Opladen und Berlin 2015, mit Michael Jäckel.

Dr. Jürgen P. Lang ist Politikwissenschaftler. Er promovierte 2003 bei Eckhard Jesse und forscht über Parteien, politischen Extremismus und Ideengeschichte. Zur PDS und der Linken hat er zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt. Zuletzt beschäftigte er sich mit der Denkschule der Neuen Rechten und deren Einfluss auf die AfD. Lang arbeitet als leitender Redakteur bei BR24, der digitalen Nachrichtenplattform des Bayerischen Rundfunks in München.

Jacqueline Meier M. A. ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Sie arbeitet vor allem zur Geschlechterforschung.

Tobias Montag M. A. ist seit 2010 Koordinator für Innenpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er beobachtet und analysiert unter anderem das deutsche Parteiensystem. Seine Schwerpunkte liegen dabei auf der FDP und der AfD.

Dr. Viola Neu ist Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung und stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Schwerpunkt ist die Wahl- und Einstellungsforschung sowie die Parteienforschung. Aktuelle Veröffentlichung: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3. Auflage, Wiesbaden, 2018.

Prof. Dr. Oskar Niedermayer lehrte und forschte bis zu seiner Emeritierung im Herbst 2017 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Wahlforschung. Niedermayer ist Autor und Herausgeber zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, u. a. Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013; Die Piratenpartei, Wiesbaden 2013; Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013 mit Uwe Jun und Benjamin Höhne; Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015; Parteien in Staat und Gesellschaft, Wiesbaden 2016, mit Sebastian Bukow und Uwe Jun.

Apl. Prof. Dr. Torsten Oppelland ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo er Vergleichende Regierungslehre lehrt. Thematisch einschlägige Veröffentlichungen sind u. a.: Die christdemokratischen Parteien Europas – eine Parteilfamilie?, in: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.), Parteilfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen 2012, mit Antonius Liedhegener;

Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014, mit Hendrik Träger; Das deutsche Wahlrecht im Spannungsfeld von demokratischer Legitimität und politischer Funktionalität, Berlin 2015 (Hrsg.); Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder, Wiesbaden 2018 (Hrsg.).

Dr. Sabine Pokorny ist Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich Wahlforschung.

